

Erörterung Braunkohlenplan Welzow-Süd Teilfeld II,

11.-16.12.2013

Kurzbericht vom 2.-5. Erörterungstag

Nachdem wir am 11. Dezember 2013 einen Kurzbericht vom ersten Erörterungstag veröffentlichten, sollen hier einige Schlaglichter auf den zweiten bis fünften Tag geworfen werden. Dabei kann kein Anspruch auf Vollständigkeit bestehen, es handelt sich um eine subjektive Auswahl:

- Bestand der Stadt Welzow bedroht
- Heimat ist kein Privileg für Ministerpräsidenten
- Bleibt die letzte Ruhe wirklich die letzte?
- Sorbischer Dachverband gegen den Tagebau
- Zahlreiche Bergschäden durch Welzow I bis heute nicht entschädigt
- Randlage für Lieske nicht zumutbar
- Standsicherheit von Lieske kontrovers diskutiert
- Gewachsene Böden sind ein Schatz
- Größte Zwangsenteignung in der Geschichte der Bundesrepublik droht
- Von Vattenfall abhängige Gutachter
- Vattenfall-Tagebau lässt bereits wertvolles Fließgewässer absterben
- Auflagen zum Schutz des Grundwassers unzureichend
- Planungsexpertin entsetzt
- Angst vor der freien Meinungsäußerung

Bestand der Stadt Welzow bedroht

Die Bürgermeisterin von Welzow, Birgit Zuchold (SPD) meldete sich zu den Themen Umsiedlung und Randbetroffenheit erneut zu Wort. „Da der Entwurf des Braunkohlenplans nur unzureichende Maßnahmen zum Schutz der verbleibenden Einwohner vorsieht, befürchte ich, dass die Stadt in Folge des Bergbaus einen noch höheren Einwohnerverlust erleiden wird.“ war eine der zentralen Aussagen ihres Redebeitrages.

Heimat ist kein Privileg für Ministerpräsidenten

Zur Umsiedlung von Proschim gab es eine ganze Reihe teilweiser emotionaler Redebeiträge. Kürzlich habe Ministerpräsident Woidke zu Journalisten gesagt, er wolle immer wieder in sein Dorf fahren. Die Proschimer wollen das auch, machte Marianne Kapelle deutlich.

Bleibt die letzte Ruhe wirklich die letzte?

Pfarrer Hans Christoph Schütt aus Welzow verwies darauf, dass sich der evangelische Kindergarten in Welzow unweit der Grubenkante befinden würde. Der benachbarte Wald, der bisher Teil des pädagogischen Konzeptes ist, wäre dann weg. Auch die 48 Arbeitsplätze der Sozialstation der Diakonie in Welzow sieht er als gefährdet an. Er kam auch auf die mit dem Tagebau drohende Störung der Totenruhe zu sprechen. "Bei Beerdigungen sage ich als Pfarrer, lasst uns den Verstorbenen zu seiner letzten Ruhestätte geleiten. Seit einigen Jahren sage ich diese Worte in Proschim mit schlechtem Gewissen, weil ich nicht weiß, ob es wirklich die letzte Ruhestätte sein wird. Aber in unserer Liturgie gibt es dafür keine andere Formulierung." Die Totenruhe würde bei den bereits wegen des Tagebaus aus Gosda und Jessen nach Proschim umgebetteten Gräbern sogar zum zweiten Mal gestört.

Sorbischer Dachverband gegen den Tagebau

Für den Dachverband der sorbischen/wendischen Minderheit Domowina sprach Markus Koinzer, der die klar ablehnende Haltung zur Abbaggerung von Proschim deutlich machte.

Zahlreiche Bergschäden durch Welzow I bis heute nicht entschädigt

Petra Franz vom „Netzwerk Tagebaurand“ berichtete von den Erfahrungen mit vermuteten Bergschäden in Welzow und Neupetershain. Die Anträge auf Regulierung wurden von Vattenfall mit Standardschreiben abgelehnt. „Dabei wurden sogar mehrfach die Daten der Geschädigten vertauscht. Daran ist erkennbar, wie gründlich geprüft wurde.“ so Franz.

Randlage für Lieske nicht zumutbar

Eine Vertreterin der Bürgerinitiative im Ort Lieske machte die drohende Lage auf einem schmalen Streifen zwischen Welzow II im Norden und Tagebausee im Süden anschaulich. „Ich frage mich, ob das Dorfsterben zum Programm der Landesplanung gehört.“ Sie veranschaulichte auch die wirtschaftlichen Folgen der Zerschneidung von Wegebeziehungen zwischen den Orten: „Wenn der Weg nach Welzow wegfällt, habe ich 20 Kilometer Weg dort hin. Dann suche ich mir eine andere Alternative und dann gehen die Geschäfte in Welzow auch ein.“

Standicherheit von Lieske kontrovers diskutiert

Zu der Frage, ob Lieske auf dem verbleibenden Erddamm zwischen Tagebau und See standsicher ist und die unterirdische Dichtwand funktioniert, waren zwei Gutachter anwesend. Dr. Krupp, der die Gefahr eines Dambruches in einem Gutachten im Auftrag von Greenpeace im August 2012 öffentlich gemacht hatte, stellte nun ein mit konkreten Berechnungen unterlegtes zweites Gutachten vor. Ihm stand der von der Bergbehörde LBGR beauftragte Gutachter Dr. Götz gegenüber, der die Sicherheit der Tagebauplanung bestätigte. In der detailliert geführten Diskussion verwies Dr. Krupp darauf, dass das Bergamt nicht alle relevanten Fälle betrachtet hatte. So habe Dr. Götz nur ungefährliche waagerechte Schichten berechnet. Ab etwa 2 Grad Neigung einer geeigneten Gleitfläche im Untergrund würde der Damm ins Rutschen geraten und in der Folge der See in den Tagebau einbrechen. René Schuster von der GRÜNEN LIGA verwies darauf, dass die Abgrenzung des Teilfeldes II letztlich aus einem Antrag von 1992 stammt, als die Machbarkeit einer Dichtwand überhaupt kein Kriterium war. Heute sei sie ein Politikum. Es wäre nicht das erste Mal, dass Entscheidungen politisch oder wirtschaftlich getroffen werden, und die Fachleute es dann irgendwie hinbiegen sollen. Das sei aber gefährlich.

Gewachsene Böden sind ein Schatz

Der Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, Reinhard Jung, verwies darauf, dass Landwirtschaft eine Schlüsselbranche der Zukunft ist und die Vernichtung gewachsener landwirtschaftlicher Böden einen massiven wirtschaftlichen Verlust bedeutet, der den Gewinnen durch die Kohle nicht gegengerechnet wurde. Seinen Redebeitrag haben wir im Wortlaut im Internet veröffentlicht:


http://www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/131211_welzow_redebeitrag_bauernbund.pdf

Größte Zwangsenteignung in der Geschichte der Bundesrepublik droht

Der Firmenverbund Proschim verwies darauf, dass er Rechtsnachfolger derjenigen Landwirtschaftsbetriebe ist, die bereits in den 1960er bis 1980er Jahren Tausende Hektar an den Tagebau Welzow-Süd verloren haben. (Während Vattenfall den DDR-Bergbau nicht als Rechtsnachfolger übernehmen musste) „Wir wollen nicht länger Kohlenomaden sein, wir sind Jahrzehnte auf der Flucht vor dem Bergbau.“ so Geschäftsführerin Petra Rösch. Der Firmenverbund machte deutlich, dass es mit dem Tagebau Welzow II für den Betrieb keine Existenzsicherung geben kann. Kommt es zu einer Zwangsenteignung, wäre das die flächenmäßig größte in der gesamten bisherigen Geschichte der Bundesrepublik.

Von Vattenfall abhängige Gutachter

Den betroffenen Landwirtschaftsbetrieben werden im Entwurf des Braunkohlenplans auf der Kippe neu entstehende Flächen angeboten. Der Planentwurf muss trotzdem feststellen, dass „ein Defizit zwischen dem bergbaulichen Entzug und der Rückgabe bei den landwirtschaftlichen Nutzflächen

| | | | | |
|---|--|--|---------------------------------------|---|
|  | Postanschrift c/o Eine-Welt-Laden Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus | Internet www.lausitzer-braunkohle.de E-Mail umweltgruppe@web.de | Telefon +49 (0)151 14420487 | Spendenkonto GLS Bank BLZ 430 609 67 Kto 1145376900 |
|---|--|--|---------------------------------------|---|

in einer Dimension von ca. 560 ha entstehen wird“ (Planentwurf S. 62). Zur Frage der Existenzsicherung und der Nutzbarkeit künftiger Kippenböden stützt sich der Planentwurf auf Aussagen des Forschungsinstitutes für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde (FIB). Der Firmenverbund Proschim verwies darauf, dass Vattenfall Mitglied des FIB e.V. ist und das Institut daher gar nicht gegen die Interessen seiner Vereinsmitglieder arbeiten kann. Die Frage, ob ihr das bekannt gewesen sei, beantwortete die Planungsbehörde auf mehrfache Nachfrage mit nein. Damit steht die Unabhängigkeit der für den Planentwurf genutzten Gutachten einmal mehr in Frage. Eine andere Auffassung als das FIB vertrat der landwirtschaftliche Sachverständige Thomas Baum, der die Nachteile der Kippenflächen für die Landwirte detailliert darstellte.

Vattenfall-Tagebau lässt bereits wertvolles Fließgewässer absterben

Der Umweltgutachter Jens Kießling aus Burg/Spreewald ging in seinem Vortrag auf die bergbaubedingte Verockerung der Fließgewässer ein, die auch das Biosphärenreservat Spreewald bedroht. Einer der südlichen Spreewaldzuflüsse, das Koselmühlenfließ, sei ein sehr wertvoller Lebensraum gewesen. Durch die Eisenbelastung aus dem Teilfeld I des Tagebaues Welzow-Süd ist es inzwischen jedoch fast ausgestorben. Dieses Gewässer werde in den Gesprächen des Bündnisses „Klare Spree“ mit der LMBV immer ausgeklammert und auf die Zuständigkeit Vattenfalls verwiesen. Kießling appellierte daher an Vattenfall, zuerst zu beweisen, dass man dieses Problem lösen könne, bevor über neue Tagebaue diskutiert werden kann.

Auflagen zum Schutz des Grundwassers unzureichend

Dr. Harald Friedrich, ehemaliger für Wasserwirtschaft zuständiger Abteilungsleiter des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums, hat im Auftrag von Greenpeace ein Gutachten zum Planverfahren verfasst und nahm zum Punkt Wasser an der Erörterung teil. In den Mittelpunkt seines Vortrages stellte er, dass der Versauerung und Verockerung dort entgegengewirkt werden muss, wo sie verursacht wird. Beim Aufschütten der Kippe müsste daher täglich die notwendige Menge Kalk zugegeben werden. Beim Tagebau Garzweiler habe der Braunkohlenplan das bereits in den 1990er Jahren vorgesehen. Strenge Auflagen in dieser Richtung müssten die Planungsbehörde allen nachträglichen Maßnahmen nach Beendigung des Tagebaus vorziehen. Das ist im Planentwurf nicht geprüft worden, vermutlich um Vattenfall wirtschaftlich zu schonen.


Planungsexpertin entsetzt

Auch die vom Tagebau Jänschwalde-Nord bedrohte Gemeinde Schenkendöbern beobachtet das Planverfahren zu Welzow II sehr genau. Nicole Haustein als Vertreterin der Gemeinde Schenkendöbern und Planungsexpertin, kritisierte ausführlich den zum Planentwurf vorgelegten Umweltbericht. „Als Planerin in Umweltprüfverfahren muss ich sagen: Ich bin einfach nur fassungslos, wie im Umweltbericht mit dem Thema Klima umgegangen wird. Die Aufgaben einer strategischen Umweltprüfung sind mit diesem Umweltbericht mit den Füßen getreten.“

Angst vor der freien Meinungsäußerung

Die Einwanderin Astrid Matthiae aus Hamburg schilderte aus der Außensicht den Eindruck, den sie bei Gesprächen mit Menschen in der Lausitz gewonnen hat. Viele hätten Angst gehabt, eine Einwendung zu unterschreiben, weil sie dadurch Schwierigkeiten mit dem Arbeitgeber bis hin zur Entlassung für sich oder ihre Familienangehörigen fürchteten. Die Vorherrschaft eines einzigen Unternehmens nehme in der Lausitz offensichtlich gefährliche Formen an. Der Redebeitrag ist online nachlesbar:

http://www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/131212_welzow_redebeitrag_matthiae.pdf

| | | | | |
|---|--|--|---------------------------------------|---|
|  | Postanschrift c/o Eine-Welt-Laden Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus | Internet www.lausitzer-braunkohle.de E-Mail umweltgruppe@web.de | Telefon +49 (0151) 14420487 | Spendenkonto GLS Bank BLZ 430 609 67 Kto 1145376900 |
|---|--|--|---------------------------------------|---|